

Wirtschaftskammer Österreich
Bundesarbeitskammer
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Landwirtschaftskammer Österreich

DIE SOZIAL PARTNER ÖSTERREICH



Veranstaltung zu den Eckpunkten einer neuen Reformagenda bis 2020

Wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Armut, wirtschaftliche Ungleichgewichte und Budgetdefizite in Europa: Was soll aus den Lissabon-Zielen werden? Trotz der umfassenden Reformen der vergangenen zehn Jahre ist die Europäische Union (EU) in vielen Bereichen - insbesondere bei der Beschäftigung - wieder auf die Ausgangslage zurückgeworfen. Anlässlich der heute um 14 Uhr im Tech Gate Vienna stattfindenden Veranstaltung "EU 2020 - Die Zukunft der Lissabon-Strategie" fordern die Sozialpartner im Vorfeld des Europäischen Rats Ende dieser Woche in Brüssel: "Wir haben keine Zeit zu verlieren - eine gemeinsame europäische Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung muss Europa aus der Krise führen. Dazu brauchen wir rasch neue Spielregeln für die Finanzmärkte, eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik, sinnvolle Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine Stärkung der Binnennachfrage, klare Ziele für mehr und bessere Jobs, weniger Armut, Investitionen in Forschung und Innovation sowie hohe Aus- und Weiterbildungsstandards." Die Sozialpartner appellieren an die Staats- und Regierungschefs, sich beim Frühjahrsgipfel am 25./26. März auf die Eckpfeiler der neuen Strategie zu einigen, um die EU wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

Für ÖGB-Präsident Erich Foglar muss nachhaltiges, Arbeitsplätze schaffendes Wirtschaftswachstum im Vordergrund der künftigen EU-Strategie stehen, zugleich muss die EU armutsfester und sicherer gegen künftige Krisen gemacht werden: "Ein wirklicher Kurswechsel steht in der EU noch aus, die Systemfehler müssen beseitigt werden", sagt Foglar. Die Realwirtschaft müsse wieder bestimmendes Element werden. "Es wäre schon viel getan, wenn die Sozialpartnervorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte aus Bad Ischl im Herbst 2009 endlich angegangen werden, und nach dem deutlichen Votum des Europäischen Parlaments für die Einführung der Finanztransaktionssteuer muss sich die Europäische Kommission ernsthaft mit diesem Thema befassen." Die Regulierung der Finanzmärkte, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die soziale Absicherung der Menschen in der Europäischen Union müssten wesentliche Elemente der Arbeit der EU in den kommenden Monaten und Jahren sein.

Leitl: "Europäische Wirtschaftspolitik zur 'Chefsache' erheben"

Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl fordert eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik: "Eine der Lehren aus der Wirtschaftskrise und dem aktuellen Fall Griechenland

ist, dass wir in Europa und ganz besonders in der Eurozone noch stärker an einem Strang ziehen müssen. Wer eine Währung teilt, den verbindet ein gemeinsames wirtschaftspolitisches Schicksal." Die gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik solle künftig auch verbindlich umgesetzt werden müssen, etwa indem sie zur "Chefsache" erhoben wird. "Eine europäische soziale Marktwirtschaft - das ist meine Vision für Europa 2020", so Leitl weiter. "Zu diesem Zweck gilt es, das Wachstum anzukurbeln: Wir müssen produktiver und wettbewerbsfähiger werden, mutige Reformen angehen, neuen Schwung in den Binnenmarkt bringen, bei der Bürokratie auf allen Ebenen den Rotstift ansetzen und gezielt in Innovation, Forschung und Bildung investieren."

Der Präsident der Arbeiterkammer (AK), Herbert Tumpel, fordert eine Konkretisierung der EU-Ziele und eine Stärkung der Binnennachfrage. "Wie stellen wir sicher, dass nicht auch die neue Strategie ein Synonym für verpasste Ziele und nicht eingelöste Versprechen wird? Ich sehe da noch wenige Ansätze. Die schönen Formulierungen und guten Ziele müssen noch konkretisiert werden", so Tumpel. Eine europäische Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sei wichtig und sinnvoll, aber sie müsse ausgewogen sein. Es gehe nicht nur um mehr, sondern auch um bessere Arbeitsplätze. "Die neue EU-Strategie muss die wachsende soziale Ungleichheit in Europa wirksam bekämpfen: also mehr Verteilungsgerechtigkeit durch faire Entlohnung und faire Steuersysteme. Zusätzlich muss endlich Steuerbetrug wirkungsvoll bekämpft werden. Allein in der EU haben wir laut EU-Kommission Ausfälle durch Steuerbetrug von geschätzten 200 bis 250 Milliarden Euro jährlich. Das entspricht immerhin 1,6 Prozent des BIP der EU-27", so Tumpel.

Gerhard Wlodkowski, Präsident der LK Österreich, umreißt bei der heutigen Veranstaltung das Potenzial der Landwirtschaft in den kommenden Jahren: "Die europäische Landwirtschaft kann auf die großen Herausforderungen, wie Klimawandel, Energie- und Rohstoffknappheit oder Beschäftigung die geeigneten Antworten geben. Vor allem der Bereich nachwachsende Rohstoffe und biogene Energie sichert und schafft zehntausende Arbeitsplätze, gibt einer zukunftsorientierten Technologie effektive Marktchancen, eröffnet zusätzliche Möglichkeiten für Forschung und Entwicklung, verringert die negativen Folgen der Klimaveränderung, sichert nachhaltig Beschäftigung und Wirtschaft auch in den peripheren ländlichen Regionen und schafft Wertschöpfung in Europa". Dazu aber sei es notwendig, so Wlodkowski, dass die Europäische Union weiterhin einer gemeinsamen Agrarpolitik prioritäres Augenmerk schenke.

Rückfragen:

- Mag. Olivia Weiss, Arbeiterkammer Wien, Tel.: +43 1 501 65-2641
- Mag. Sabine Radl, Wirtschaftskammer Österreich, Tel.: +43 (0)5 90 900 3590
- Nani Kauer, MA, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Tel.: +43 1 53444 39261
- Dr. Josef Siffert, Landwirtschaftskammer Österreich, Tel.: +43 1 53441 8521